

Wahlfreiheit sichern — Partnerschaft verwirklichen

Aktionsprogramm '78 der Frauenvereinigung der CDU

Mit ihrem Aktionsprogramm '78 „Wahlfreiheit sichern — Partnerschaft verwirklichen“ erschließt die Frauenvereinigung der CDU neue Wege für eine bürgernahe Politik. Ausgehend von der Überzeugung, daß der bestehende „Nachholbedarf an Gerechtigkeit“ für Frauen durch gesetzgeberische Maßnahmen allein nicht zu überwinden ist, bietet das Programm Aktionsvorschläge für gesellschaftliche Eigeninitiative durch praktische Mitarbeit.

Die Durchsetzung unserer politischen Forderungen ist durch die veränderten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Daten heute ungleich schwieriger geworden als vor Jahren. Hierzu einige Beispiele:

- Durch die verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik der SPD/FDP-Regierung ist das Wirtschaftswachstum seit Jahren zu gering. Frauen sind davon besonders hart betroffen: nur ein Drittel aller Erwerbstätigen, aber rund die Hälfte aller Arbeitslosen sind Frauen.
- Die katastrophale Finanzlage in der Sozialversicherung beeinträchtigt in besonders starkem Maße die soziale Sicherung der Frau.
- Die Zahl der Armen in der Bundesrepublik, d. h. derjenigen, die unter der Sozialhilfeschwelle liegen, nimmt zu. Insbesondere Rentnerinnen und kinderreiche Familien gehören dazu.
- Im Bereich der Politik für die Frau und für die Familien betreibt die SPD eine Doppelstrategie. Einerseits vertritt sie in jüngster Zeit Positionen, die vordergründig von der Politik der CDU schwer abzugrenzen sind, während andererseits die alten politischen Überzeugungen nach wie vor bestehen und das politische Handeln bestimmen.
- Durch die bevorstehenden Direktwahlen zum Europäischen Parlament gewinnen alle nationalen Aussagen eine neue Dimension. Die politischen Inhalte im ersten europäischen Wahlkampf, der über die Grenzen hinweg geführt wird,

werden notwendigerweise zu einer Konfrontation marxistisch/kommunistischer Vorstellungen mit denen der christlichen Demokraten führen.

Alle diese Überlegungen machen eine strategische Weiterentwicklung der bewährten Programmatik der Frauenvereinigung der CDU notwendig. Es soll aufgezeigt werden, wie trotz der schlechteren wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen unsere Politik im politischen Alltag verwirklicht werden kann.

Unsere an den Grundwerten orientierte Politik dient dem Menschen, der Entfaltung seiner Person. Das Verständnis der Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit schließt die Forderung nach Wahlfreiheit und Partnerschaft für Mann und Frau ein.

Partnerschaft und Familie

Die CDU sieht in der Ehe eine auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaft, die auf der Partnerschaft von Mann und Frau beruht. Aufgabe der Politik ist es, die Familie zu schützen, zu fördern und ihr wieder mehr Anerkennung in der Gesellschaft zu verschaffen.

Das Ansehen der Familie hat in den letzten Jahren unter der Politik der SPD/FDP-Regierung erheblich gelitten. Traditionelle Frauenleitbilder einerseits und überzogene Emanzipationsforderungen andererseits erschweren Frauen und Männern die Erfüllung ihrer familiären Aufgaben in Wahlfreiheit und Partnerschaft.

Partnerschaft in der Familie heißt:

1. Die Tätigkeit der Frau in der Familie muß als berufliche Tätigkeit anerkannt und sozial gesichert werden, damit Frauen im Interesse der Erziehung ihrer Kinder auf eine außerhäusliche Erwerbstätigkeit ganz oder vorübergehend verzichten können (Erziehungsgeld).

Die Bewertung der außerhäuslichen Erwerbstätigkeit ist zum Maßstab für viele soziale und materielle Leistungen — auch in der ehrenamtlichen Arbeit — geworden. Das Fehlen allgemein gültiger Maßstäbe für die innerhäusliche Tätigkeit führt bis heute zu einer Unterbewertung der Leistung der Hausfrau und Mutter und daher zu ihrer Benachteiligung.

Eine Familien- und Sozialpolitik, die die Tätigkeit der Hausfrau als Berufstätigkeit anerkennt, muß objektive Maßstäbe zu ihrer Beurteilung finden. Dadurch würde die Selbsteinschätzung der Hausfrauen und Mütter und ihre gesellschaftliche Wertschätzung verändert.

Forderungen:

- Die Bundesregierung muß baldmöglichst objektive Kriterien für die Bewertung der Hausfrauentätigkeit erarbeiten;
- im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung muß die Leistung der Hausfrau und Mutter sichtbar gemacht werden.

2. Die Familie muß in die Lage versetzt werden, ihre Verantwortung für das Gemeinwesen wahrnehmen zu können, Beziehungen zwischen der engeren Gemeinschaft der Kernfamilie und ihrer Umwelt herstellen und vertiefen zu können. Auch der Ehepartner, der seine Aufgabe in erster Linie innerhalb der Familie sieht, hat außerhäusliche Aufgaben und Verpflichtungen, die anerkannt werden müssen; denn Familie ist mehr als eine „Sozialisationsagentur“ nur für die engeren Familienmitglieder.

Eine solche Öffnung der Familie zur Gesellschaft hin, bei der der Frau wichtige Aufgaben zuwachsen, kann ein Gegengewicht gegen die immer stärker werdenden politischen Bestrebungen werden, zwischenmenschliche Probleme durch allumfassende staatliche Einrichtungen und Maßnahmen zu lösen. Außerdem bietet sie dem einzelnen Familienmitglied die Chance, durch gesellschaftliches Engagement persönliche Erfüllung zu finden.

3. Die Schaffung einer eigenständigen sozialen Sicherung der Frau hat in den nächsten Jahren hohe politische Priorität. Die Lösung dieses Problems ist durch die von der SPD/FDP-Regierung verursachte Finanzkrise in der Rentenversicherung weitaus schwieriger, aber auch notwendiger geworden.

Ein grundlegendes Konzept zur Schaffung einer eigenständigen Sicherung für die Frau muß auf Partnerschaft in Ehe und Beruf und auf ihrer Leistung in der Familie aufbauen. Die zwischen ausschließlicher Berufstätigkeit und Aufgaben in der Familie wechselnden Abschnitte im Leben vieler Frauen müssen sich im System der sozialen Sicherung ergänzen und in gleicher Weise anerkannt werden. Zeiten der Kindererziehung müssen in der Rentenberechnung angerechnet werden.

Das von der CDU vorgeschlagene Modell „Partnerrente“ bietet die beste Grundlage, um die vom Bundesverfassungsgericht bis 1984 geforderte Reform der Hinterbliebenenrente durchzuführen.

4. Partnerschaftliche Familienpolitik heißt auch Verständnis und besondere Hilfen für alleinerziehende Mütter und Väter. Solidarität, nicht Vorurteile, hilft ihnen, selbstverantwortlich ihre familiären Aufgaben zu erfüllen. Dazu dienen:

- Maßnahmen, die in den entscheidenden ersten Lebensjahren des Kindes die Erziehung durch Mutter oder Vater erleichtern (Erziehungsgeld);
- angemessene Wohnungen;
- ausreichendes Angebot sozialer Hilfen;
- Förderung von Teilzeitarbeit;
- Abbau der steuerlichen Benachteiligungen für alleinerziehende Elternteile;
- Gleichstellung alleinerziehender Elternteile mit einem Kind mit Familien mit 2 Kindern bei der Anerkennung außergewöhnlicher Belastungen.

Beispiele für mögliche Aktionen in diesem Bereich siehe Anlage 1.

Partnerschaft in der Arbeitswelt

Seit Jahren bilden 9,5 Millionen Frauen einen konstanten Faktor auf dem Arbeitsmarkt. Doch Altersaufbau, Familienstand und Qualifikationsstruktur haben sich entscheidend verändert. Nahezu jede zweite erwerbstätige Frau ist verheiratet. Viele haben Kinder.

Immer noch bestehende Benachteiligungen für die Frauen in der Arbeitswelt und neue Probleme verlangen Antworten, wenn Chancengerechtigkeit und Partnerschaft erreicht werden sollen.

Arbeitslosigkeit

Die Erwerbstätigkeit vieler Frauen ist aufgrund ihrer besonderen Gegebenheiten von konjunkturellen Schwankungen und gesamtwirtschaftlichen Gegebenheiten besonders abhängig: In Zeiten großen Arbeitskräftebedarfs wird nicht gescheut, auch die Mutter zur Erwerbstätigkeit zu überreden, in Zeiten der Unterbeschäftigung wird die verheiratete Frau unter dem Vorwand „Doppelverdiener“ aus dem Arbeitsleben verdrängt. Damit werden die erwerbstätigen Frauen zur „Manövriermasse“ auf dem Arbeitsmarkt.

Um die Ursachen der Arbeitslosigkeit zu beseitigen, ist eine abgestimmte Wirtschafts- und Sozialpolitik erforderlich, die die Erwerbstätigkeit der Frauen gleichrangig berücksichtigt. Eine geringere Berücksichtigung oder gar Zurückstellung erwerbstätiger Frauen ist sowohl aus verfassungsrechtlichen wie aus gesellschaftspolitischen Gründen untragbar.

Ausbildung, Weiterbildung, Aufstieg

In den Jahren des Überangebots an Ausbildungsstellen sank die Anzahl von ungelernten Mädchen und von Schulabgängern ohne Ausbildungsziel auf einen erfreulich niedrigen Stand. Die heutige Knappheit der Ausbildungsplätze in Betrieben und Schulen bedroht diese Entwicklung. Mädchen haben wieder mehr Schwierigkeiten, einen Ausbildungsplatz zu finden als Jungen.

Es sind deshalb alle Maßnahmen zu ergreifen, die den Ausbildungswillen der Mädchen stärken und Ausbildungsmöglichkeiten für Mädchen erweitern:

— Der Berufs- und Bildungsberatung kommt bei Mädchen und Frauen eine hohe Bedeutung zu. Wir brauchen gut ausgebildete Mädchen und Frauen. Denn schon in den Jahren 1982 bis 1985 wird es wiederum zu einem Engpaß an Fachkräften kommen.

— Die Schulen müssen früher als bisher (Arbeitslehre, Berufswahlunterricht) über Berufs- und Ausbildungsmöglichkeiten beraten.

— Die Betriebe der privaten Wirtschaft und der öffentlichen Hand müssen auf-

gefordert werden, mehr als bisher Ausbildungsstellen in gewerblichen, technischen und naturwissenschaftlichen Berufen für Mädchen anzubieten.

— Benachteiligungen für Mädchen und Frauen in Zugangs- und Laufbahnverordnungen sind abzubauen.

— Frauen sind stärker zur Weiterbildung zu ermutigen.

— Bei konkreten Maßnahmen der Erwachsenenbildung, der beruflichen Förderung sowie bei Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen sind für Frauen noch zahlreiche Verbesserungen durchzusetzen. Konkrete Forderungen sind etwa die Neugestaltung der Höchstaltersgrenzen bei Zweitausbildungen von Hausfrauen und die Wiedereinführung von Leistungen für Hausfrauen im Arbeitsförderungsgesetz, die durch das Haushaltsstrukturgesetz gestrichen worden sind.

Teilzeitarbeit

Die Teilzeitarbeit hat sich bisher nur in geringem Maß durchsetzen können. Bei einer schwierigen Wirtschaftslage sind Teilzeitkräfte stärker als Vollzeitkräfte bedroht. Teilzeitarbeit bietet jedoch gute Möglichkeiten, Aufgaben in der Familie und in der außerhäuslichen Berufswelt zu verbinden. Teilzeitarbeit sollte daher zu einer vollwertigen Beschäftigungsart für Männer und Frauen werden. Praktische Modellversuche sollten prüfen,

— wo sich Teilzeitarbeit betriebsorganisatorisch und kostengünstig einrichten läßt;

— wie Teilzeitarbeit für alle Beteiligten optimal gestaltet werden kann;

— wie Ferien- und Urlaubsvertretungen erfahrener ehemaliger Mitarbeiter in ein Teilzeitsystem betrieblich eingebaut werden können, um gerade auch Frauen eine gewisse Berufsnähe zu erhalten;

— ob sozialversicherungsrechtliche Bedingungen und Voraussetzungen besser gestaltet werden können;

— ob Unternehmen, die Modelle mit Teilzeitarbeit durchführen, bezuschußt werden können.

Ausweitung der Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst (Beamtenstellen) kann eine wichtige Pilotfunktion einnehmen. Dazu müssen beamtenrechtliche und finanzielle Schwierigkeiten überprüft werden. Teilzeitarbeit muß an klare Tatbestände gebunden werden.

Die Frauen selbst müssen einen Beitrag dazu leisten, Teilzeitarbeit zu einer vollwertigen Beschäftigungsart werden zu lassen. Um das Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen voll zu nutzen, müssen zeitliche Inmobilität und mangelnde Flexibilität vor allen Dingen dort überwunden werden, wo nicht familiäre Pflichten dem entgegenstehen.

Heimarbeit

Für eine günstige Verbindung von familiären und außerfamiliären Aufgaben eignen sich auch moderne Formen sogenannter Heimarbeit. In einer Reihe von Berufen lassen sich die Tätigkeiten, losgelöst vom betrieblichen Arbeitsplatz, auch zu Hause verrichten, z. B. Schreibarbeiten (Steno- oder Phonotypistin), Formulierungsarbeiten (Journalistinnen), konzeptionelle Arbeiten (Wissenschaftler).

Entlohnung

Die Entlohnung erwerbstätiger Frauen ist in vielen Bereichen nach wie vor ungerecht, auch wenn es formale tarifrechtliche Unterschiede zwischen Männer- und Frauenlöhnen nicht mehr gibt. In einer Reihe von Niedriglohngruppen sind fast ganz oder ausschließlich Frauen zu finden, weil die Merkmale ihrer Tätigkeit einer niedrigeren Bewertung unterliegen; es handelt sich dabei um sogenannte leichte Arbeit, die aber oft hohe Anforderungen an Geschicklichkeit und Ausdauer stellt.

Aufgrund der Erkenntnisse der heutigen Arbeitsphysiologie und -psychologie erscheint es jedoch notwendig, zu neuen Tätigkeits- und Anforderungsmerkmalen bzw. zu einer anderen Bewertung zu kommen, wenn zwischen Männern und Frauen eine gerechtere Lohnverteilung erreicht werden soll. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind aufgefordert, die vom Deutschen Bundestag vorgelegten Untersuchungen in ihrer Tarifpolitik zu berücksichtigen.

Arbeitsschutzgesetz

Die Frauenarbeitsschutzgesetze entsprechen in einer Reihe von Verboten und Geboten nicht mehr den Gegebenheiten der modernen Arbeitswelt und dem Selbstverständnis der berufstätigen Frauen.

Automatisierung, Technisierung und Rationalisierung haben die Arbeitswelt stark verändert und neue Anforderungen mit sich gebracht. Dem muß die Schutzgesetzgebung ebenso Rechnung tragen wie dem Prinzip einer menschengerechten Gestaltung der Arbeitswelt. Arbeitsschutzgesetzgebung hat den Menschen zu schützen, aber auch die Chancengerechtigkeit für Frauen zu berücksichtigen. Arbeitsschutzgesetze dürfen sich weder an Rollenklischees („Männer- und Frauentätigkeiten“) noch an schematischem Gleichheitsdenken orientieren. Sie müssen für Männer und Frauen Anforderungen und Belastungen so objektiv wie möglich berücksichtigen und die jeweilige Belastbarkeit einbeziehen.

Die Arbeitsschutzgesetze sind daher — nach Berufen und Branchen differenziert — im einzelnen dahingehend zu überprüfen, inwieweit sie noch den oben genannten Kriterien entsprechen.

Beispiele für mögliche Aktionen in diesem Bereich siehe Anlage 2.

Partnerschaft im öffentlichen Leben

Eine lebendige freiheitliche Demokratie kann auf die Mitwirkung ihrer Bürger nicht verzichten. Sie ist unentbehrlich, um politische Verantwortung zu ermöglichen, der Verplanung des einzelnen und der Familie durch Bürokratisierung und Funktionswirtschaft entgegenzuwirken, immer vorhandene Lücken im Netz der sozialen Sicherung zu schließen. Das Engagement des einzelnen Bürgers für Staat und Gesellschaft wird so stärker wirksam.

Aktive Demokratie

VERSTÄRKUNG DER MITWIRKUNGSMÖGLICHKEITEN IN DER POLITIK

Frauen sind heute auf allen Ebenen in politischen Gremien aktiv. Doch die Zahl ihrer verantwortlichen Amtsträgerinnen in den Parteien ist noch immer gering. Ihre Chancen, politische Mandate zu erringen, sind unbefriedigend. Deshalb sollte folgende Form der Mitwirkung eingehend geprüft werden:

- Mitbestimmung bei der Reihenfolge der Listenbewerber. Der Wähler soll bei der Listenwahl seine Zweitstimme entweder insgesamt einer Parteiliste oder einem bestimmten Kandidaten auf einer Parteiliste geben können. Damit kann der Wähler die Reihenfolge der Listenbewerber mitbestimmen (begrenzt offene Landeslisten).

AUFWERTUNG DER LEISTUNGEN IN SOZIALEN EHRENÄMTERN

Frauen tragen durch ihre Mitwirkung in sozialen Ehrenämtern besonders zu einer menschlichen Gestaltung der Gesellschaft bei.

- Länder und Kommunen werden aufgefordert zu prüfen, wo eine stärkere Berücksichtigung des ehrenamtlichen Einsatzes möglich ist;
- die CDU muß die Leistung ehrenamtlicher Aktion mehr als bisher herausstellen und sie als wichtigen Faktor ihrer politischen Planung ansehen;
- ehrenamtliche Leistungen der Frauen müssen im Bewußtsein der Öffentlichkeit stärker gewertet werden.

Für politische und soziale Ehrenämter gilt:

- sie müssen in ihrer Funktion für eine Demokratie höher bewertet und stärker herausgestellt werden;
- materielle Belastungen sind durch Auslagererstattung und steuerliche Berücksichtigung auszugleichen (für Berufstätige ist die steuerliche Berücksichtigung un-

problematisch; es müssen jedoch Lösungen für Hausfrauen gesucht werden, wie auch sie ohne materielle Nachteile ein Ehrenamt übernehmen können).

Fähigkeit zur konstruktiven Kritik

MASSEN MEDIEN

Presse, Hörfunk und Fernsehen sind als Massenmedien zu einem wichtigen Mittel der Information des Bürgers und damit zur Kontrolle einer Demokratie unentbehrlich geworden. Während die Presse Distanz erlaubt, greifen Hörfunk und insbesondere das Fernsehen unmittelbar in das öffentliche wie das private Leben ein. Sie sind Bildungsfaktor und Mittel zur Indoktrination zugleich. Deshalb ist eine Erziehung zur Kritikfähigkeit von entscheidender Bedeutung.

Durch ihre Arbeitskreise „Medienerziehung“ auf Kreis-, Landes- und Bundesebene will die Frauenvereinigung diese Kritikfähigkeit vermitteln und unterstützen. Konkrete Beobachtungen ermöglichen ein ausgewogenes Urteil über einzelne Sendungen und helfen, berechtigte Kritik zu belegen.

Beispiele für Aktionen in diesem Bereich siehe Anlage 3.1.

SCHULPOLITIK

Ideologischen Tendenzen in der Schule muß energisch entgegengetreten werden. Die Eltern müssen deshalb von ihrem Recht auf Mitwirkung und Mitsprache in der Schule Gebrauch machen und sich gegen Indoktrination ihrer Kinder durch Lehrinhalte, Schulbücher und auch Schulorganisationsformen, die als Vehikel für systemverändernde Reformen benutzt werden, wehren. Deshalb ist die Mitwirkung in Schulausschüssen der Kommunen (auch als sachverständige Bürger), in Elternpflegschaften, Elternverbänden, Bürgerinitiativen und Bürgerversammlungen notwendig. Das Volksbegehren 1978 in Nordrhein-Westfalen hat gezeigt, daß entschiedenes Engagement erfolgreich ist.

Mitgestaltung des Wirtschaftsablaufs

Soziale Marktwirtschaft ist für uns die unverzichtbare komplementäre Wirtschaftsordnung zu unserem freiheitlich demokratischen Rechtsstaat. Wir treten dafür ein, sie zu erhalten und weiter auszubauen. Das Funktionieren der Sozialen Marktwirtschaft verlangt den sachkundigen Verbraucher: Ohne sachkundige und kritisch abwägende Verbraucher kein Wettbewerb auf dem Markt. Für den Verbraucher ist heute die Situation auf dem Markt oft wenig überschaubar und undurchsichtig. Er kann die ihm gebotene Ware und Dienstleistung nicht umfassend beurteilen. Eine wichtige Aufgabe liegt daher in der Erziehung zum kritischen Verbraucherverhalten und in der Verbraucheraufklärung.

Beispiele für Aktionen in diesem Bereich siehe Anlage 3.2.

Partnerschaft in Europa

Mit den ersten europäischen Direktwahlen stehen die europäischen Parteien vor einem entscheidenden Schritt zur Gestaltung Europas. Europa befindet sich damit am Beginn einer neuen Entwicklung im Prozeß der europäischen Einigung.

Die CDU war und ist in der Bundesrepublik Deutschland der Motor für die europäische Einigung. Die Frauenvereinigung hat sich mit ihr seit Beginn ihrer Arbeit für die europäische Zusammenarbeit eingesetzt:

■ Ihre Arbeit in der Europäischen Frauen-Union (EFU) galt und gilt dem Brückenschlag zwischen Politikerinnen aus 14 Ländern, die sich auf christliche Wertvorstellungen berufen und christlich-demokratischen oder konservativen Parteien angehören oder nahestehen.

■ Die Frauenvereinigung der CDU hat sich mit Gleichgesinnten in der Europäischen Volkspartei (EVP) zusammengeschlossen, um ihren Beitrag zu Aufgaben und Programmatik der europäischen christlichen Demokraten zu leisten. Sie setzt sich dafür ein, daß ihre Vertreterinnen im direkt gewählten europäischen Parlament Mitverantwortung übernehmen können.

In der zu erwartenden ideologischen Auseinandersetzung zwischen den marxistisch-kommunistischen Parteien einerseits und den Parteien des politischen Mittelfeldes in Europa kommt den Aussagen der christlichen Demokraten zur Stellung des Menschen, zur Gleichberechtigung der Frau, zur Bedeutung der Familie ein besonderes Gewicht zu.

Frauen sind in Europa in der Mehrheit, sie stellen mit 139 Millionen 51 % der Bevölkerung der EG. Sie werden die Wahl entscheidend beeinflussen und die Parteien nach ihren Vorstellungen beurteilen. Sie wissen, daß die europäische Einigung ihnen schon jetzt ein hohes Maß an Freiheit und Frieden gebracht hat.

Ihre Stimmen gilt es für die Europäische Volkspartei zu gewinnen.

Als Beispiel für Aktionen in diesem Bereich siehe Anlage 4.

ANLAGE 1

Aktion „Gemeinsam statt einsam“

Die Frauenvereinigung hat ihre zahlreichen solidarischen Hilfen für Familie, Kinder und Mitbürger unter diesem Motto verstärkt.

Sie will damit

— Hilfe zur Selbsthilfe geben

— das Bewußtsein für die Notwendigkeit solidarischen Handels in unserer Gesellschaft stärken

— Vereinsamung abbauen und menschliche Kontakte fördern.

Hierzu einige Beispiele:

1. Familien helfen Familien

- durch Organisation eines Babysitterdienstes;
- durch Einrichtung von Nachbarschaftszirkeln, in denen die Kinder ihre Schularbeiten gemeinsam unter Aufsicht machen können;
- Einrichtung eines Ladens für Kleidung aus 2. Hand;
- Angebot eines Informations- und Familiennotdienstes, zu dem sich Mitglieder der Frauenvereinigung zusammenschließen. Sie stehen auf telefonischen Anruf zur Hilfe bereit, wenn Kinder zu betreuen sind, Alte und Kranke für kurze Zeit der Pflege bedürfen, Einkäufe erledigt werden müssen und Behördengänge notwendig sind. Zeitungsanzeigen machen auf diesen Notdienst aufmerksam.
- Freizeitinitiativen für Kinder durch gemeinsame Sportveranstaltungen, Ausflüge, Kinderfeste, Theater- oder Kinobesuche, Bastelnachmittage, besonders für Kinder, die nicht in Ferien fahren können;
- Übernahme von Urlaubsvertretung für die Versorgung der Wohnung und des Gartens.

Insbesondere Familien mit nur einem Elternteil, ausländischen Familien, Spätaussiedlerfamilien und Familien mit berufstätigen Müttern und älteren Menschen kann oft entscheidend geholfen werden.

2. Alte Menschen gehören zu uns

- Ein „Seniorenpaß“ zur Information für ältere Menschen über die sie besonders interessierenden Fragen, Hilfs- und Beratungsmöglichkeiten, an zahlreichen öffentlich zugänglichen Stellen ausgelegt, wird gern aufgenommen. Sie können den Seniorenpaß bei einer Kaffeetafel für alte Leute vorstellen, zu der die Vertreter der im Seniorenpaß aufgeführten Stellen eingeladen werden.
- Freizeitangebot für ältere Menschen;
- einen Seniorenrat ins Leben rufen, der die Aufgabe hat, durch gemeinsame Unternehmungen alt und jung zu verbinden. Der Seniorenrat sollte aus den entsprechenden Stellen bestehen, z. B. Einrichtungen der offenen Altenhilfe, der kirchlichen und neutralen Begegnungs- und Tagesstätten, der städtischen Sozialarbeit, der Volkshochschule, der Frauenverbände, der Verbraucherberatung; neben Festen und Veranstaltungen sollten auch Informationen über das „Älterwerden“ und Probleme älterer Menschen angeboten werden.
- Die Aktivität von älteren Menschen bedarf oft nur eines kleinen Anstoßes, und sie sind gerne bereit, mitzuhelfen, da wo sie können, z. B. sich gegenseitig unterstützen durch die Bildung eines Telefonrings, bei dem ein Kapitän jeweils den Rundruf beginnt, um festzustellen, welches der Mitglieder etwas braucht und um die tägliche Kommunikation herzustellen.

ANLAGE 2

Aktion „Überwindung der Frauenarbeitslosigkeit“

Die von der Frauenvereinigung entwickelten Vorschläge zur Überwindung der Frauenarbeitslosigkeit müssen nicht nur auf Bundes-, sondern insbesondere auch auf Landes- und Kreisebene vorgestellt und diskutiert werden. Wichtig sind Gespräche mit den jeweils zuständigen Stellen, z. B. dem Arbeitsamt, Arbeitgebern, Kommunen, Gewerkschaften, Schulen, Eltern und den betroffenen Frauen selber.

Vor allem sollte die Frauenvereinigung bei der Beschaffung von Ausbildungsplätzen für Mädchen helfen. Hierzu gehört auch die Information von Eltern und Jugendlichen über Ausbildungsmöglichkeiten. Podiumsdiskussionen oder sonstige Formen einer Veranstaltung eignen sich gut, um die Vorschläge der Frauenvereinigung bekanntzumachen.

Aktion „Teilzeitarbeit“

- In einer Umfrage vor Kaufhäusern, Bahnhöfen usw. feststellen, wieviel Nachfrage nach Teilzeitarbeit besteht. In einem Brief an die Sozialpartner, die Verbände usw. kann dann konkret nach der Beurteilung der Teilzeitarbeit gefragt werden. Beide Ergebnisse können auf einer Pressekonferenz veröffentlicht werden.
- Besuch beim lokalen Arbeitsamt oder in Betrieben, um über die Einrichtung von Teilzeitarbeitsplätzen zu sprechen.
- Anfrage im Landtag, um Auskunft über das Teilzeitangebot im öffentlichen Dienst zu erhalten.
- Vorstellung verschiedener Modelle der Kinderbetreuung, die von Frauen mit Teilzeitarbeit in Selbsthilfe organisiert werden können.

ANLAGE 3

„Medienerziehung“

Fragebögen zur Beobachtung von politischen Sendungen, Unterhaltungssendungen und Sendungen für Kinder — wie sie der Arbeitskreis „Medienerziehung“ der Frauenvereinigung der CDU entwickelt hat — können die Grundlage für gezielte Medienbeobachtung über einen längeren Zeitraum hinweg bilden.

Diese konkrete Arbeit kann durch Fachtagungen und Zusammenarbeit mit Institutionen der Erwachsenenbildung und mit Verbänden erweitert werden.

Sachkundige Verbraucher

Zur Schulung und Heranbildung bewußt handelnder Verbraucher sind Informationsveranstaltungen notwendig zu:

- Warenkunde;
- Bedeutung von Warentests;

— Rationelle Haushaltsführung

(in Zusammenarbeit z. B. mit der Stiftung Warentest, den Verbraucherzentralen und entsprechenden Verbänden).

Der Erziehung zum kritischen Verbraucherverhalten dient insbesondere die Durchführung von Preisvergleichen.

ANLAGE 4

Aktion „Frauen für Europa — CDU“

Das Material der Aktion „Frauen für Europa — CDU“ soll allen Mitgliedern helfen, für ein vereintes Europa zu werben.

— Es bedarf noch vieler Informationsarbeit, damit die Bedeutung der europäischen Direktwahl erkannt wird. Vor allem ist es nötig, gegen bestehende Vorurteile anzugehen, wie z. B. gegen die Meinung, die Bundesrepublik sei der Zahlmeister Europas. Die Bundesrepublik erhält in Wirklichkeit von der EG mehr zurück als sie einzahlt. Der Verbraucher ist schon heute der Nutznießer des Gemeinsamen Marktes.

— Der Besuch der Kommission der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel, des Europäischen Parlamentes in Luxemburg und des Europarates in Straßburg lassen Europa konkret erleben. Städtepartnerschaften sind eine gute Möglichkeit, die Begegnung von Bürgern mit Bürgern aus der Europäischen Gemeinschaft zu ermöglichen.

— Es müssen Mitstreiterinnen gewonnen werden, damit die Frauen in Europa sich gegenseitig unterstützen können. Europa braucht die Mitarbeit der Frauen, weil Politik ohne Frauen auch in Europa nur eine halbe Sache ist.